

Resolution zur aktuellen Flüchtlings- und Asylpolitik – eine Klarstellung

Zitat aus dem Ostermarsch-Aufruf zum 26.03.2016 in Traunstein: *„Die meisten Menschen fliehen zurzeit, weil ihre Heimatländer durch Krieg und Terror unbewohnbar geworden sind. PolitikerInnen in Deutschland und anderen EU-Staaten beantworten diese verheerende Entwicklung damit, dass sie um „Flüchtlingsquoten“ feilschen. Sie sprechen von einer „Flüchtlingskrise“, als wären die Flüchtenden Schuld an den Verhältnissen, die sie aus ihrer Heimat vertreiben. Die wichtigste Fluchtursache ist aber der andauernde Krieg.....und die Zerstörung ihrer Existenzbedingungen durch militärische und wirtschaftliche Interventionen der reichen Länder, deren Gier kein Ende kennt. Für die Fluchtursachen ist auch Deutschland verantwortlich, zuletzt durch die deutschen Rüstungsexporte..... Die von den USA und der EU betriebenen „Freihandelsabkommen sind ebenso menschenfeindlich wie Wirtschaftssanktionen. Wirtschaftlich schwächeren Ländern werden Freihandelsabkommen aufgezwungen, die Kosten tragen die Menschen und die Umwelt“.*

1. Der Kreisvorstand stellt klar: Kriegsflüchtlinge sind auch „Wirtschaftsflüchtlinge“ - „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind auch Kriegsflüchtlinge in Folge der Wirtschaftskriege der reichen Staaten und der global agierenden Konzerne gegen die armen Länder der Erde.

Wer Flüchtlinge in drei Gruppen einteilt, nämlich in politisch Verfolgte, Kriegsflüchtlinge und „Rumtreiber aus den südlichen Ländern“, übernimmt diskriminierende und ausländerfeindliche Parolen von Rechtsradikalen, welche suggerieren sollen, dass viele Flüchtlinge auch kriminell sind. Entgegen aller statistischen Fakten, dass die Quote diesbezüglicher Straftaten nicht höher ist als bei Einheimischen. Für alle ist übrigens das gleiche Strafrecht gültig und anzuwenden.

Wer in diesem Zusammenhang DIE LINKE „in eine Linie mit GRÜNESPDCUCSU“ stellt, welche „bei den letzten Wahlen als dieselben Schwätzer abgestraft wurde wie die anderen Parteien“, hat in bedenklicher Weise politisches Augenmaß bzw. Analysefähigkeit verloren, stellt sich in eine Reihe mit der sogenannten „Alternative“ und offenbart politisches Denken im Geiste von AfD und Pegida.

2. Der Kreisvorstand stellt klar: Die o.g. neoliberalen Parteien sind seit der rot-grünen Koalition verantwortlich für z.B. die Abschaffung der Vermögenssteuer, die steuerlichen Begünstigungen der Reichen, Förderung der Hedgefonds und Spekulanten, für die Hartz IV-Gesetze und haben die weitere Spaltung der Gesellschaft vertieft, so dass heute die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung 60 % des Nettovermögens besitzen und die unteren 50 Prozent der Haushalte nur 2,5 % (SZ vom 22.03.2016). Sie haben Millionen Menschen in Armut und Perspektivlosigkeit getrieben und das Vertrauen vieler WählerInnen verspielt. Sie sind deshalb verantwortlich, wenn der Staat nicht über genügend Mittel verfügt, um die Lösung wichtigster Strukturprobleme zu finanzieren und vor allem für soziale Gerechtigkeit und humane Bedingungen und Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge zu sorgen. Stattdessen werden laufend die Asylgesetze verschärft. Auf Dauer können nicht tausende freiwillige Helfer staatliche Aufgaben übernehmen.

3. Der Kreisvorstand verurteilt das Flüchtlings-Abkommen der EU mit der Türkei als klaren Rechtsbruch und Verstoß gegen die UNO-Erklärung der Menschenrechte und gegen das Genfer Flüchtlingsabkommen, insbesondere die Artikel 32 und 33. Dieses Abkommen ist ein „Pakt mit dem Teufel“, denn die Türkei führt Krieg gegen das eigene Volk und missachtet Menschenrechte und demokratische Grundprinzipien. Die EU-Regierungen, die die Menschen in legale und illegale Flüchtende einteilen, um letztere auszuweisen, verstoßen in verwerflicher Weise gegen alle Regeln der UN-Konventionen. Kein Mensch ist illegal! Regierungen, welche zulassen, dass Flüchtlinge in Zwangslager eingesperrt werden und an den Grenzen zur sog. Balkanroute verelenden, haben jeden moralischen Anspruch verloren. Der Schutz der „Außengrenzen“ mit militärischen Mitteln gegen Flüchtende ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die EU hat sich mit ihren „Maßnahmen zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen“ endgültig als reiner Pakt nationalistischer und egoistischer Staaten zur Durchsetzung wirtschaftlicher Profit-Interessen entlarvt. Wenn es die EU-Politiker ernst meinten mit der „Bekämpfung der Fluchtursachen“, dann müssten sie ihre Außen-, Entwicklungs- und Rüstungspolitik radikal ändern, ansonsten erweisen sie sich als Lügner.

Wer Obergrenzen für Flüchtlinge fordert oder bereits staatliche Maßnahmen durchführt und Flüchtlinge einfach an den Grenzen zurückweist, bricht geltendes EU-Recht und missachtet die o.g. Flüchtlingskonventionen. Wer zudem verlangt, die Flüchtlinge sollten in ihren Herkunftsländern bleiben und dort mit dem Wiederaufbau beginnen, offenbart blanken Zynismus angesichts der anhaltenden Zerstörung aller Lebensgrundlagen in diesen Ländern.

Der Kreisvorstand bekennt sich zu den in der Erklärung der Menschenrechte und der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbarten Prinzipien und fordert deshalb auf diesen Grundlagen sozial verantwortliche Einwanderungsgesetze, legale Einreisemöglichkeiten, rechtsstaatliche Asylverfahren und zumindest befristete Aufenthaltserlaubnisse, bis die Zustände in den Herkunftsländern eine menschenwürdige Rückkehr der Flüchtlinge ermöglichen. Solange müssen den hier lebenden Menschen schulische Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie Arbeitsplätze gewährt und ein menschenwürdiges Leben garantiert werden. Und zwar allen Bevölkerungsgruppen. Das Geld dafür ist vorhanden, jedoch noch immer in den falschen Händen. DIE LINKE fordert als einzige Partei seit ihrer Gründung konsequent eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und fordert seit Jahren wirksame steuerliche Maßnahmen und Gesetze.

4. Der Kreisvorstand stellt klar: DIE LINKE ist seit ihrer Gründung die Partei der sozialen Gerechtigkeit, kämpft gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit und ist die einzige wirkliche Friedenspartei. Wer (auch nur einzelne) Meinungen von Neonazis und Rassisten teilt und sich teilweise in Internetforen mit Ausländerfeinden gemein macht, verstößt gegen wichtige Grundsätze der Partei DIE LINKE. Solches Verhalten ist mit der Ausübung von Ämtern und Funktionen im Kreisverband Traunstein unvereinbar.

Anlagen im Internet:

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948, UN-Resolution 217 A (III)

Das Genfer Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28.07.1951

Das Genfer Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31.01.1967